

**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die 15. - öffentliche - Sitzung**  
**der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe**  
**am 1. April 2025**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem durch die Kommission am 10. Oktober 2023 als Empfehlung beschlossenen Antrag „Repräsentation der Geschichte und der Gegenwart von Migration im schulischen Unterricht“**  
Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)  
*Unterrichtung durch die Landesregierung* ..... 3  
*Aussprache* ..... 5
2. **Diversifizierung der Erinnerungskultur und rassismuskritische Perspektiven von der Kolonialzeit bis heute - Die Notwendigkeit einer multiperspektivischen Erinnerungskultur in Niedersachsen**  
Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)  
*Verfahrensfragen*..... 10
3. **Antrag zur Verabschiedung einer Resolution in der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe zum Thema „Notunterkünfte“**  
Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)  
*Beratung* ..... 12  
*Beschluss*..... 14
4. **Verschiedenes** ..... 15

**Anwesend:**

## Mitglieder der Kommission:

1. Abg. Ulrich Watermann (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Thomas Uhlen (CDU) (ab ca. 16:30 Uhr)
3. Abg. Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE)
4. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)
  
5. Herr Dr. Anwar Hadeed
6. Frau Séverine Jean
7. Herr DüNDAR Kelloglu
8. Frau Magdalena Kruse
9. Frau Banafsheh Nourkhiz
10. Herr Prof. Dr. Jochen Oltmer
11. Frau Beate Seusing
12. Frau Neijla Coşkun (i. V. v. Herrn Osman Timur)
13. Herr Michael Wagner

## Stellvertretende Mitglieder der Kommission:

1. Abg. Lena Nzume (GRÜNE)
  
2. Herr Aliou Sangaré
3. Frau Carmen Schaper
4. Herr Ali Türk
5. Frau Regina Krome

## Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Lange.

Niederschrift: Regierungsrätin Dr. Schütze, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 16:02 Uhr bis 17:14 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

**Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem durch die Kommission am 10. Oktober 2023 als Empfehlung beschlossenen Antrag „Repräsentation der Geschichte und der Gegenwart von Migration im schulischen Unterricht“**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

*Antragsteller: Dr. Anwar Hadeed (Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen) sowie Prof. Dr. Jochen Oltmer (Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, IMIS)*

In ihrer 3. Sitzung am 10. Oktober 2023 beschloss die **Kommission** den oben genannten Antrag mit folgenden zwei Kernforderungen an die Landesregierung,

1. *eine Kommission einzusetzen, die die vorhandenen Curricula, Unterrichtsmaterialien und Schulbücher unter rassismuskritischer Perspektive einer Überprüfung unterzieht und Empfehlungen für deren Weiterentwicklung ausspricht - in der Kommission muss die migrantische Perspektive vertreten sein -,*
2. *eine Studie in Auftrag zu geben, die*
  - a. *im Rahmen einer Bestandsaufnahme alle Phasen der Lehrkräftebildung (Studium, Vorbereitungsdienst, Fort- und Weiterbildung, Schulleitungsfortbildung) in Hinsicht auf die vorhandenen Inhalte/Module zum Umgang mit und zur Reflexion der eigenen Haltung gegenüber migrationsbedingter Diversität/Rassismus erhebt,*
  - b. *Good Practice Beispiele und deren Gelingensbedingungen identifiziert sowie*
  - c. *auf Basis der Ergebnisse Vorschläge für prüfungsrelevante, verpflichtende Module/Modulreihen zum Thema rassismuskritische Schulpädagogik/Diversity für alle Phasen der Lehrkräftebildung erarbeitet.*

*Die Kommission für Migration und Teilhabe soll durch die Landesregierung regelmäßig über die Fortschritte, Entwicklungen und Ergebnisse unterrichtet werden.*

**Unterrichtung durch die Landesregierung**

MR **Yalcinkaya** (MK): Zunächst möchte ich Ihnen danken, dass ich heute als ehemaliges Mitglied der Kommission die Möglichkeit habe, Sie über die Fortschritte, Entwicklungen und Ergebnisse zu unterrichten, die sich seit der letzten Unterrichtung am 10. Oktober 2023 zu Ihrem Antrag „Repräsentation der Geschichte und der Gegenwart von Migration im schulischen Unterricht“ ergeben haben. Ihr Antrag umfasst zwei Forderungen. Zum einen stellen Sie die Forderung, eine Kommission einzusetzen, die alle vorhandenen Curricula, Unterrichtsmaterialien und Schulbücher aus rassismuskritischer Perspektive überprüft und Empfehlungen für deren Weiterentwicklung ausspricht. Und zum anderen soll eine Studie in Auftrag gegeben werden, die alle Phasen

der Lehrkräftebildung wie Studium, Vorbereitungsdienst, Fort- und Weiterbildung, Schulleitungsfortbildung im Hinblick auf die vorhandenen Inhalte und Module zum Umgang mit und zur Reflexion der eigenen Haltung gegenüber migrationsbedingter Diversität und Rassismus untersucht.

Zu Ihrer Forderung nach einer Kommission, die die vorhandenen Curricula, Unterrichtsmaterialien und Schulbücher prüfen soll, kann ich Ihnen erfreulicherweise mitteilen, dass unabhängig von der für Herbst 2025 geplanten Kommission bereits jetzt mehrere Kerncurricula im Sekundarbereich I mit besonderem Fokus auf Demokratiebildung weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang wird auch das Thema „Auseinandersetzung mit Migration und Integration“ Berücksichtigung finden. Es ist zunächst geplant, die Kerncurricula der Fächer bzw. Fachbereiche Geschichte, Erdkunde, Politik, Politik-Wirtschaft - im Gymnasialbereich -, geschichtlich-soziale Weltkunde, GSW - bei den Gesamtschulen -, zu überarbeiten. Hierfür wurden seitens der Landesregierung zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt.

Wie auch schon 2023 mitgeteilt wurde, ist die umfassende Überprüfung *aller* bestehenden Curricula, Unterrichtsmaterialien und Schulbücher aus einer rassistuskritischen Perspektive mit erheblichen fachlichen, personellen und strukturellen Herausforderungen verbunden. Deswegen will ich das noch mal unterstreichen. Wenn wir über *alle* reden, ist das wirklich eine große Herausforderung. Dabei ist deutlich zu betonen, dass eine vollständige Überprüfung sämtlicher Materialien in der Praxis kaum umsetzbar ist, weder personell noch zeitlich. Die enorme Breite und Vielfalt der eingesetzten Lehr- und Lernmittel über alle Schulformen und Jahrgänge hinweg macht eine flächendeckende Analyse strukturell kaum möglich. Zudem würde eine pauschale Überprüfung aller Inhalte laufende Prozesse der Weiterentwicklung und Überarbeitung erheblich behindern.

Vor diesem Hintergrund wird daher eine exemplarische Überprüfung empfohlen, die gezielt Materialien mit besonderer Reichweite oder Relevanz in den Blick nimmt. Auf dieser Grundlage sollen allgemeine Handlungsempfehlungen abgeleitet und langfristige Qualitätsstandards entwickelt werden. Eine gezielte und schrittweise Herangehensweise erscheint hier erfolversprechender, um nachhaltige Veränderungen zu ermöglichen. Daher bin ich zuversichtlich, dass wir auch in Ihrem Sinne den richtigen Weg im MK eingeschlagen haben.

So werden wir zum Beispiel in diesem Jahr die Möglichkeit haben, durch ein externes Institut aus dem Bereich Medien- und Schulbuchforschung eine Studie erstellen zu lassen, die ausgewählte Schulbücher und Lernmaterialien - gegebenenfalls Kerncurricula - zur Thematik analysiert. Konkret in Aussicht steht die Durchführung einer Schulbuch- und Lehrplanstudie, voraussichtlich zu den Themen Migration, Kolonialismus sowie Sinti und Roma. Im Kultusministerium befasst sich gerade eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe, die wir im November 2024 gegründet haben, regelmäßig mit dieser Thematik. Ziel der AG ist es, bestehende Lernpläne, Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien im Hinblick auf diese Inhalte kritisch zu beleuchten, Weiterentwicklungsbedarfe zu identifizieren und entsprechende Empfehlungen zu erarbeiten. Eine Beteiligung des Georg-Eckert-Instituts ist für die weitere Arbeit vorgesehen.

Im Rahmen dieser bisherigen Diskussion wurde unter anderem der Vorschlag eingebracht, verstärkt darauf zu achten, wie die Zusammensetzung der Lehrplankommission gestaltet ist - insbesondere im Hinblick darauf, inwieweit diese Gremien die gesellschaftliche Vielfalt widerspie-

geln. Am Beispiel des Geschichtsunterrichts wurde thematisiert, dass zwar die fachliche Qualifikation als zentrales Kriterium gilt, gleichzeitig jedoch auch strukturelle Annahmen existieren, die Menschen mit Migrationsgeschichte benachteiligen könnten. In diesem Zusammenhang wurde ein weiterer Aufklärungsbedarf deutlich, weshalb das Thema derzeit innerhalb der zuständigen Referate im MK weiter abgestimmt wird. Im Haus sind mehrere Referate in diese Gespräche einbezogen; und auch das MWK soll dazu eingeladen werden.

Zudem wurde vorgeschlagen, externe Expertinnen und Experten hinzuzuziehen, um die wissenschaftliche Relevanz der Thematik zu stärken. In diesem Zusammenhang hat Frau Prof. Dr. Spielhaus vom Georg-Eckert-Institut die Bereitschaft signalisiert, im Rahmen eines Fachvortrags zur Verfügung zu stehen. Ich schlage vor, dass man sie vielleicht auch noch einmal in diese Kommission einlädt.

Zu Ihrer zweiten Forderung nach einer Studie, in der - ich betone noch einmal - *alle* Phasen der Lehrkräftebildung untersucht werden sollen. Für solch eine große Studie - das haben wir wirklich durchleuchtet - fehlen uns einfach die finanziellen Mittel. Das schaffen wir nicht. Wir haben aber die Information, dass sich Referat 35 auf KMK-Ebene um das Thema bemüht.

Was aber bereits passiert - gerne möchte ich Sie auf weitere Maßnahmen aufmerksam machen, die wir angestoßen haben -: Zur vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Thema haben wir, wie erwähnt, eine hausinterne Arbeitsgruppe eingerichtet. Diese tagt in regelmäßigen Abständen unter Beteiligung verschiedener Referate sowie externer Fachexpertise, um zentrale Fragestellungen und die Handlungsempfehlungen, die wir auch aus der Kommission bekommen, strukturiert zu bearbeiten.

Die zentralen Fragestellungen sind - zusammengefasst - die geplante Schulbuch- und Lehrplanstudie, die Themenschwerpunkte Migration, Kolonialismus, Sinti und Roma, die Beteiligung des Georg-Eckert-Instituts. Außerdem geht es um die Analyse der Lehrplankommission, eine Prüfung auf gesellschaftliche Vielfalt in der Besetzung - da sind wir wirklich im Gespräch -, und die Diskussion über strukturelle Hürden für Personen mit Migrationsgeschichte. Alles geschieht natürlich unter der weiteren Abstimmung mit den Fachreferaten.

Zum Abschluss möchte ich wirklich noch mal zum Ausdruck bringen, dass uns die Themen Migration und Integration im schulischen Kontext weiterhin ein wichtiges Anliegen sind. Ich hoffe, dass die dargestellten Maßnahmen und Überlegungen verdeutlichen konnten, dass wir uns dieser Verantwortung bewusst sind und uns wirklich schon auf den Weg gemacht haben. Mehr kann ich heute leider noch nicht mitbringen.

## **Aussprache**

Herr Prof. **Dr. Jochen Oltmer**: Wenn ich es richtig sehe, sind viele von den Aspekten, die wir 2023 diskutiert haben, aufgegriffen worden. Insbesondere die Auseinandersetzung mit den Kerncurricula und mit den Schulbüchern finde ich in diesem Zusammenhang ausgesprochen wichtig. Im Kontext unserer Diskussion in dieser Kommission haben wir gesehen, dass es doch erhebliche - ich denke, man kann es so formulieren - Mängel in diesem Kontext gibt und gab.

Ich glaube auch, dass es nicht unbedingt notwendig ist, die schon vorliegenden Materialien *alle* durchzugehen, wenn tatsächlich diese Kommission, die die Kerncurricula überarbeiten soll, ihre Arbeit aufnimmt und einen Beitrag dazu leistet, dass es in Zukunft tatsächlich zu Veränderungen kommt. Wir müssen in diesem Zusammenhang ja eher in langen Entwicklungsschritten denken. Das wird dann auch ganz explizit Folgen für den Schulunterricht haben. Und es wird auch Folgen für die Frage haben, wie am Ende die Schulbücher ausgestaltet sind.

Ich habe zwei Nachfragen in diesem Zusammenhang. Sie sprachen - das habe ich nicht ganz verstanden - von einer großen, umfassend arbeitenden Kommission im Herbst 2025 und dann von kleineren Arbeitskreisen auf Fachebene. Was würde diese große Kommission mit dem umfassenden Arbeitsauftrag gewissermaßen machen? Was ist in diesem Zusammenhang angedacht?

Und die zweite Frage: Inwieweit besteht eine Möglichkeit, diese Kommission über den Fortschritt der Arbeiten zu informieren? Da dieses Projekt selbstverständlich über eine relativ lange Zeit laufen muss, wäre es aus meiner Sicht durchaus interessant, mehr oder minder kontinuierlich Informationen in diesem Zusammenhang zu erhalten. Es steht ja zu erwarten, dass Sie Schritt für Schritt vorgehen und dann eben in geraumer Zeit auch schon erste ganz konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht haben. Ich fände es gut, wenn die Kommission darüber informiert werden könnte.

Ein weiterer Punkt: Ich kann natürlich ein Stück weit einsehen, dass die umfassende Auseinandersetzung mit der Lehrkräftebildung ein sehr aufwendiger Prozess wäre. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber darum bitten, dass dieses Thema auch weiterhin im Blick behalten wird, auch wenn es zum jetzigen Zeitpunkt keine große Studie darüber gibt. Es gibt ja ganz viele Stell-schrauben und ganz viele Gelegenheiten, um an diesem Thema dranzubleiben. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Fortbildung von Lehrkräften, die wir 2023 ebenfalls intensiv diskutiert haben, wichtig. Dabei geht es um die Lehrkräfte, die das Studium schon lange hinter sich gebracht haben, die aber natürlich viele Perspektiven und Diskussionen nicht unbedingt in dem Maße mitbekommen können, weil sie den Alltag in der Schule zu bewältigen haben. Diese Lehrkräfte sollten im Rahmen von Fortbildungen unbedingt mitberücksichtigt werden.

**MR Yalcinkaya (MK):** Die große Kommission wird nicht in Abteilung 2, Schulformübergreifende Angelegenheiten, wo unser Referat 24 angesiedelt ist, liegen, sondern in der Abteilung 3, Allgemein bildendes Schulwesen, Kirchen. Die dortigen Referate 32, 33 und 35 haben sich als Masterplan auf die Fahne geschrieben, alle kerncurricularen Vorgaben im Herbst zu durchleuchten. Wir sind gerade in guten Gesprächen, um dort noch mehr Vielfalt hineinzubringen. Die Anregung, die Kommission für Migration und Teilhabe einzubeziehen, nehme ich gerne mit. Das kann ich aber natürlich heute nicht versprechen. Unser Referat 24 verfolgt die Idee, Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte, die ja auch in gewissen Bereichen Fachexpertise mitbringen, in diesen Prozess zu integrieren. Das wäre ja schon ein riesiger Schritt, wenn man das schaffen würde. Das ist unser Ziel.

Wie gesagt, befinden wir uns gerade im Gespräch mit dem Georg-Eckert-Institut über eine entsprechende Studie. Das MK empfiehlt wirklich, dieses Institut auch in diese Kommission einzuladen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären auf jeden Fall dazu bereit. Das wäre kein Problem. Dann könnten sie über die Studie, die wir beauftragt haben, berichten. Das wäre unsere Anregung.

Das Thema Qualifizierung beschäftigt uns sowieso. Unser neues Referat „Partizipation in der Migrationsgesellschaft“ hat ja explizit diesen Auftrag. Wir schauen in allen Bereichen, wo eine weitere Qualifizierung stattfinden muss, und setzen die interkulturelle Bildung durchaus auf Platz 1. Das *muss* ja mit bearbeitet werden. Gerade heute haben wir Gespräche über die Schulsozialarbeit geführt - das liegt ja auch in unserem Referat. Neue Schulsozialpädagogen müssen ja auch im Bereich interkulturelle Bildung qualifiziert werden. Da gibt es schon verschiedene Programme. Gerade haben wir ein Programm für die Erstsprachenlehrkräfte über den Verein „SchlaU - Werkstatt für Migrationspädagogik“ aufgelegt, der schon erste Qualifizierungsmaßnahmen in diese Richtung anbietet.

Herr **Dr. Anwar Hadeed**: Ich finde, man merkt, dass sich in diesem Bereich etwas bewegt. Eines würde mich allerdings interessieren: In Punkt 2c unseres Antrages haben wir damals gefordert, prüfungsrelevante, verpflichtende Module in die Lehrkräftebildung zu integrieren. Ist es angedacht, in dieser Richtung etwas zu machen?

MR **Yalcinkaya** (MK): Diese Frage betrifft ja eher den Fachbereich des MWK. Dazu werden wir erst noch Gespräche aufnehmen. Deshalb gibt es dazu noch keinen neuen Stand.

Vors. Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Aus dem MWK kommen entsprechende Signale, dass man sich dort erst noch auf den Weg macht. Dieser Prozess erfolgt Schritt für Schritt; aber man ist dran.

Ein Vorschlag zum Verfahren: Ich spreche mich dafür aus, dass wir das Georg-Eckert-Institut zum gegebenen Zeitpunkt für einen Bericht in diese Kommission einladen. Dadurch erhalten wir vermutlich noch intensivere Informationen.

Ferner schlage ich vor, dass wir das MK bitten, uns ein Signal zu geben, wenn weitere Schritte in dem dargestellten Prozess erreicht sind, und uns dann darüber zu unterrichten.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) Ich möchte gerne würdigen, was in der vergangenen Zeit bereits passiert ist. Auch die Beauftragung des Georg-Eckert-Instituts ist sehr spannend, und ich würde mich freuen, wenn wir zum gegebenen Zeitpunkt über erste Ergebnisse informiert werden.

Sie haben vorhin gesagt, dass im Kultusministerium ein Arbeitskreis entstanden sei, der regelmäßig tagt und zu dem auch externe Expertinnen und Experten eingeladen werden. Wer sind diese Personen? Wie oft tagt dieser Arbeitskreis?

Noch eine grundsätzliche Ergänzung: Wir haben ja auch über die politische Liste Mittel in den Haushalt eingestellt, bei denen es um Demokratiebildung und um die Unterstützung marginalisiert Gruppen geht. Vielleicht wäre es gut, diese verschiedenen Prozesse ein Stück weit zu verzahnen. Vielleicht passiert das aber auch schon. Ich wäre sehr daran interessiert, wie dieser Prozess gegebenenfalls läuft.

MR **Yalcinkaya** (MK): Die externen Expertinnen und Experten haben wir über das Georg-Eckert-Institut und auch über Universitäten angeschrieben. Am 28. April 2024 startet das Kompetenznetzwerk Chancengerechtigkeit. Die haben wir alle eingeladen. Wir wollen nicht nur mit den Verbänden, die auch teilweise hier vertreten sind, sondern wirklich mit den Universitäten ins Gespräch kommen.

Parallel dazu gibt es ein Arbeitsgruppentreffen „MK plus MWK“. Das hat im November getagt, weil wir lange auf die politische Liste gewartet haben. Wir wussten nicht, was wir in Auftrag geben können und welche Wege wir gehen können. Voraussichtlich im Mai wollen wir mit dem Georg-Eckert-Institut tagen. Die Vorgespräche finden kommenden Donnerstag statt, und dann gucken wir weiter, wie wir das Ganze mit Leben füllen.

Wir haben in der Tat Mittel über die politische Liste für Qualifizierungsmaßnahmen von Lehrkräften bekommen. Diese Maßnahmen laufen aber sowieso. Wir haben einmal generell RaKo-Mittel, mit denen wir Lehrkräfte qualifizieren: interkulturelle Bildung, die Sprachbildungszentren, und auch die Beraterinnen und Berater gehören dazu. Das läuft sowieso. Und jetzt gibt es im Prinzip zusätzliches Geld für die Sprachförderung - Stichwort: DaZ, DaB. Das ist auch nötig. Und in dem Zuge wird auch automatisch über die Themen interkulturelle Bildung und Migration geschult. Man kann das ja nicht trennen. Die Qualifizierungsmaßnahmen gehören ja auch zum Thema Sprachförderung.

Frau **Beate Seusing**: Ich habe noch eine Frage im Anschluss an die Ausführungen von Frau Nzume. Es geht um die Einbeziehung der migrantischen Perspektive in die Kommission. Das war ja auch eine Forderung in unserem Antrag. Ich habe gehört, man bemüht sich, das Netzwerk „migranetz - Netzwerk niedersächsischer Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte“ einzubinden. Gibt es darüber hinaus noch andere Überlegungen? In einer Diskussion über Rassismus sollten ja auch diejenigen, die davon betroffen sind, zu Wort kommen.

MR **Yalcinkaya** (MK): Ich persönlich kann das nur befürworten. In einer Kommission, die über kerncurriculare Vorgaben und Lehrpläne spricht, muss aber natürlich auch die Fachexpertise in diesem Bereich vorhanden sein. Das heißt, man kann natürlich einen Verband zum Thema Geschichte einladen, wenn es um das Fach Geschichte geht. Wenn man aber beruflich gar nichts mit den Lehrplänen in Geschichte im schulischen Kontext zu tun hat, ist das, glaube ich, ein schwieriges Feld. Deswegen ist das migranetz auf jeden Fall ein richtiger Ansprechpartner.

Morgen gibt es in Braunschweig eine Klausurtagung mit NLQ, MK und dem neuen migranetz. Diese Punkte nehmen wir auf jeden Fall mit und werden sie dort besprechen. Unsere Idee ist, dass Lehrkräfte, die eine Migrationsgeschichte, aber auch die fachliche Expertise mitbringen, auf jeden Fall in der Kommission mitarbeiten sollen. Über das Thema Fachexpertisen kann man auf jeden Fall auch im Kompetenznetzwerk noch einmal sprechen.

Vors. Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Dann halte ich fest, dass wir auf jeden Fall das MK bitten, uns regelmäßig über den Stand der Arbeiten zu unterrichten. Ferner wäre es gut, wenn das MK der Landtagsverwaltung die Kontaktdaten der zuständigen Mitarbeiterin oder des zuständigen Mitarbeiters im Haus mitteilen könnte, damit wir diese oder diesen in eine der nächsten Sitzungen einladen können.

Ich denke, zumindest für mich werden sich sicherlich noch weitere Fragen ergeben, da die Lehrerbildung nicht mein fachlicher Schwerpunkt ist. Ich weiß aber genau, wie enorm wichtig dieses Thema angesichts der angespannten Situation bei Kindern und Jugendlichen ist. Man muss das Augenmerk auf die Fragen richten: Wie wird Radikalisierung vollzogen, und was kann man dagegen tun? Woran kann man Rassismus frühzeitig erkennen? Eine Diskriminierung findet ja häufig - oft auch unbeabsichtigt - bei Kleinigkeiten statt. Für die Betroffenen hat das aber meistens sehr große Auswirkungen.

Herr **Dr. Anwar Hadeed**: Ich bin mit der Antwort hinsichtlich des Punktes 2c in unserem Antrag noch nicht ganz zufrieden. Da geht es, wie gesagt, um die verpflichtenden und prüfungsrelevanten Module in der Lehrkräfteausbildung. Bislang habe ich da nur die Antwort gehört: Nein. - Das reicht mir aber nicht. Ich möchte gerne wissen: Will sich das MK damit befassen? Will es das nicht tun? Wenn nicht: Warum nicht? Und wenn ja: Zu welchem Zeitpunkt?

Vors. Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Ich habe die Antwort vorhin so verstanden, dass dieser Schritt noch nicht erreicht ist, sondern dass das Kultusministerium wegen der Ausbildung auf das Wissenschaftsministerium zugehen wird. Deshalb würde ich sagen: Ich erkenne, dass man auf dem Weg ist. Vielleicht liegt das an meiner langjährigen Erfahrung, wie Ministerien zusammenarbeiten. Wir können ja dem MK heute den Wunsch mitgeben, dass auch dieser Punkt erarbeitet wird. Und dann können wir in der nächsten Unterrichtung dazu vielleicht einen Stand hören.

MR **Yalcinkaya** (MK): Ich habe ja gesagt, dass wir das MWK mit einbeziehen. Wir brauchen aber natürlich auch ein bisschen Zeit, um zu arbeiten. Bislang hat das MWK unsere Wünsche aber zu keiner Zeit abgelehnt und gesagt: Das geht gar nicht. - Wir müssen immer gucken: Was ist realisierbar? Wie viel Geld kostet das? Ist Geld dafür da? Wir haben uns auf den Weg gemacht. Mehr können wir heute dazu noch nicht sagen.

Vors. Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Politische Prozesse sind manchmal etwas mühsam und laufen auch nicht immer ganz schnell. Auch ich hätte bei einigen Dingen manchmal gerne eine schnellere Umsetzung. Aber ich weiß auch, dass es Umstände gibt, die die Arbeit erschweren. Die Häuser haben natürlich auch Belastungen, die aus anderen Problemen resultieren. Wir leben in Zeiten großer Herausforderungen. Deshalb habe ich großen Respekt vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien.

Wir haben Wunsch jetzt noch einmal zum Ausdruck gebracht, was sich auch im Protokoll wiederfinden wird. Und jemand wie Herr Yalcinkaya, der die Erfahrung als Mitglied der Kommission mitbringt, wird diesen Wunsch sicherlich auch mit dem nötigen Nachdruck weitergeben.

Unsere Kommission kann ja nur Wünsche und Empfehlungen äußern; die Entscheidungen treffen dann die Landesregierung und das Parlament. Deshalb bin ich immer froh, wenn ein Wunsch dieser Kommission schrittweise umgesetzt wird. Ich verstehe, dass dabei manchmal Ungeduld aufkommt. Aber vielleicht bekommen wir ja auch in den weiteren Unterrichtungen Erkenntnisse, die uns dann noch zufriedener machen. Im Vergleich zum letzten Mal gibt es doch schon einige Dinge, mit denen wir durchaus zufrieden sein können.

\*

Die **Kommission** bittet die Landesregierung um - gegebenenfalls regelmäßige - Unterrichtungen bei neuen Entwicklungen in diesem Bereich

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 2:

### **Diversifizierung der Erinnerungskultur und rassismuskritische Perspektiven von der Kolonialzeit bis heute - Die Notwendigkeit einer multiperspektivischen Erinnerungskultur in Niedersachsen**

Beratung und Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)

*Antragsteller\*innen: Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen (amfn e.V.), Afrikanischer Dachverband Norddeutschland e.V. (ADV-Nord e.V.)*

Das Kommissionsmitglied Herr **Dr. Anwar Hadeed** bringt den vorliegenden Antrag ein und erläutert die dort formulierten drei Kernforderungen im Sinne der im Antrag enthaltenen Begründung:

*Die Kommission für Migration und Teilhabe des Niedersächsischen Landtags fordert die Niedersächsische Landesregierung auf, in Zusammenarbeit mit Fachstellen, Wissenschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie insbesondere mit Vertretern von People of Color und Menschen mit Migrationsbiografie ein umfassendes Konzept für eine ganzheitliche und multiperspektivische Erinnerungskultur in Niedersachsen zu entwickeln. Dieses Konzept soll insbesondere folgende Punkte beinhalten:*

#### *1. Erweiterung des historischen Diskurses:*

*Die Erinnerungskultur in Niedersachsen integriert über den Schwerpunkt auf die NS-Zeit hinaus die vielfältigen historischen Diskurse - einschließlich der kolonialen Vergangenheit. Dabei wird ein durchgehend rassismuskritischer Ansatz etabliert, der die fortwährenden Auswirkungen dieser historischen Strukturen auf die heutige Gesellschaft beleuchtet.*

#### *2. Förderung eines interdisziplinären Dialogs:*

*Es wird ein Diskurs angestoßen, der Wissenschaft, (Erinnerungs-)Kultur und zivilgesellschaftliche Akteure in einen gemeinsamen Austausch bringt. Ziel ist es, dass alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere Menschen mit Migrationsbiografie, in die Gestaltung der Erinnerungskultur einbezogen werden und so ein stärker inklusives und demokratisches Zusammenleben gefördert wird.*

#### *3. Integration in Bildungs- und Gedenkprogramme:*

*Die Ergebnisse des multiperspektivischen Diskurses fließen in bestehende Bildungs- und Gedenkprogramme ein, um eine inklusive Erinnerungskultur zu gewährleisten.*

### **Verfahrensfragen**

Vors. Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) regt an, die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema zu bitten, da man sich - wie er sagt - bereits auf den Weg gemacht habe, Gedenkstätten in die Richtung von umfassenden Lernstätten weiterzuentwickeln. Besonders eingegangen werden könne dabei beispielsweise auf den aktuellen Stand bei der Erinnerungskultur, die Gedenk-

stättenarbeit und den Stellenwert des Themas im Bildungssystem. Auf der Grundlage einer solchen Unterrichtung könne dann gegebenenfalls auch noch eine fundierte Anpassung des vorliegenden Antrages vorgenommen werden.

Herr Prof. **Dr. Jochen Oltmer** schließt sich diesem Vorschlag an und ergänzt, es sei in diesem Zusammenhang sicherlich auch ratsam, nicht nur das MK, sondern auch das MWK um eine Unterrichtung zu bitten.

Abg. **Lena Nzume** (GRÜNE) befürwortet ebenfalls den Vorschlag, eine Unterrichtung zu dem Thema entgegenzunehmen und neben dem MK auch das MWK einzuladen, da es dabei ja auch um Provenienzforschung und museale Gestaltung gehe.

Abg. **Thomas Uhlen** (CDU) legt dar, die verschiedenen Erinnerungskulturen umfassten ja auch teilweise Geschichten von Menschen, die im Ausland Erfahrungen gemacht und diese sozusagen nach Deutschland mitgebracht hätten. Er erkundigt sich bei dem Antragsteller, ob es auch um die im Ausland erlebten Leidensgeschichten der Menschen gehe, die in Deutschland natürlich auch die Gesellschaft innerhalb der vielen Konfliktlinien mitbestimmten, oder ob es lediglich um eine deutsche Geschichte in Bezug auf Menschen nichtdeutscher Herkunft gehe.

Herr **Dr. Anwar Hadeed** antwortet, in dem vorliegenden Antrag werde ein Konzept für vielfältige historische Diskurse gefordert. Die Antragsteller verfolgten nicht die Absicht, diesen Diskursen vorzugreifen oder sie einzuschränken. Es gehe darum, die doch stark auf die Zeit des Nationalsozialismus fokussierte Erinnerungskultur auf andere Themen wie die Kolonialzeit, die Geschichte der Sinti und Roma, aber auch die Geschichte der Spätaussiedler auszudehnen. Unter der Einbeziehung von Fachleuten solle ein Konzept entwickelt werden, das verschiedene historische Perspektiven berücksichtige.

\*

Die **Kommission** bittet die Landesregierung - namentlich das MK und das MWK - einstimmig um eine Unterrichtung zu dem Thema in einer ihrer nächsten Sitzungen.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 3:

### **Antrag zur Verabschiedung einer Resolution in der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe zum Thema „Notunterkünfte“**

*Antragsteller\*in: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.*

In ihrer 14. Sitzung am 18. Februar 2025 nahm die **Kommission** eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Antrag des Flüchtlingsrates Niedersachsen mit Blick auf die dort formulierten drei Kernforderungen entgegen:

- 1. Notunterkünfte dürfen nicht als dauerhafte Unterbringungseinrichtungen genutzt werden. Sie dürfen nur belegt werden, wenn in anderen Landesunterkünften kein Platz mehr ist, und sind so bald wie möglich zu schließen!*
- 2. Keine Unterbringung von Kindern und vulnerablen Geflüchteten in Notunterkünften!*
- 3. Die Notunterkunft „Messehallen Hannover“ ist sofort zu schließen!*

Aufgrund der Erkenntnisse aus der Unterrichtung sowie der im Anschluss stattfindenden Aussprache zu dem Thema erklärte sich der **Antragsteller** bereit, diese Kernforderungen zu überarbeiten:

- 1. Notunterkünfte dürfen nicht als dauerhafte Unterbringungseinrichtungen genutzt werden. Sie dürfen nur belegt werden, wenn in anderen, besser ausgestatteten Landesunterkünften kein Platz mehr ist.*
- 2. Die freien Kapazitäten in den Landeseinrichtungen sind kein Grund, um Asylsuchende länger als notwendig dort unterzubringen. Im Interesse einer erfolgreichen Integration sollte eine Verteilung auf die Kommunen so früh wie möglich erfolgen.*

### **Beratung**

Folgende **Diskussion** ergibt sich - in Grundzügen dargestellt - zu dem überarbeiteten Antrag:

Herr **Dündar Kelloglu** erläutert den vorliegenden Antrag in der überarbeiteten Fassung im Sinne der dort dargelegten Begründung. In diesem Zusammenhang berichtet er über die hohe physische und psychische Belastung der in der Notunterkunft „Messe“ untergebrachten Geflüchteten, die zu einer sehr angespannten Situation und auch zu Gewaltdelikten führten. Ein weiteres Argument für die zügige Verteilung der Geflüchteten auf die Kommunen bestehe ferner in der geballten Belastung der Ausländerbehörde sowie des Verwaltungsgerichtes in Hannover, die ja für alle in der Messe untergebrachten Personen zuständig seien. Aus diesen Gründen halte er es für angezeigt, die Landesregierung darum zu bitten, die Nutzung der Notunterkünfte wirklich - wie ursprünglich auch intendiert - auf *Notsituationen* zu beschränken.

Vors. Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) führt aus, nach seinen Informationen verfolge die Landesregierung nicht die Absicht, die Notunterkünfte weiter zu belegen, sondern nur in absoluten Ausnahmen zu nutzen. Sie scheue aber angesichts der Weltlage davor zurück, den Vertrag für die Nutzung der Messe aufzukündigen, da dieser im Bedarfsfall eventuell nicht erneut abgeschlossen werden könne. Der Vorsitzende schlägt vor, sich in einer ergänzenden schriftlichen Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand bezüglich der Nutzung der Messehalle - auch vor dem Hintergrund der neuen Entwicklungen auf Bundesebene - unterrichten zu lassen und den Antrag dann in der kommenden Sitzung am 6. Mai 2025 abschließend zu beraten.

Herr **Dündar Kelloglu** sagt, bei diesem Vorschlag könne er mitgehen. Andererseits könne es auch nicht schaden, wenn die Landesregierung durch einen bereits vorliegenden Antrag der Kommission in ihrem Kurs, die Messehalle nur für Notfälle zu nutzen, unterstützt würde.

Vors. Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) antwortet, aus diesem Grund halte er es für angebracht, sich - quasi als Absicherung - noch einmal über den aktuellen Sachstand informieren zu lassen. Er betont, die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene hätten definitiv auch Auswirkungen auf das Land Niedersachsen und auf diese Thematik.

Herr **Ali Türk** ergänzt, im Falle einer solchen Anfrage an das Innenministerium könne auch gleich die Frage nach der genauen Verweildauer der in der Messe untergebrachten Personen beantwortet werden. Nach seiner Erfahrung sei diese Verweildauer zumeist zu lang, sodass die Gefahr psychischer Erkrankungen deutlich zunehme.

Herr **Dr. Anwar Hadeed** wendet ein, alle notwendigen Informationen zum vorliegenden Antrag seien im Februar in der Unterrichtung durch die Landesregierung dargelegt worden. Auf der Grundlage dieser Informationen hätten die Antragsteller auf die dritte Kernforderung verzichtet. Die beiden anderen Forderungen beträfen die Grundsätze einer humanitären Unterbringung und seien daher unabhängig von der aktuellen Situation gültig. Aus diesem Grund halte er eine weitere Unterrichtung vonseiten des MI nicht für notwendig. Ferner unterstütze er das Argument von Herrn Kelloglu, dass ein durch die Kommission beschlossener Antrag die Landesregierung gegebenenfalls in ihrem bereits eingeschlagenen Kurs bestätigen könnte.

Vors. Abg. **Ulrich Watermann** (SPD) antwortet, er könne ebenfalls das Vorgehen mittragen, den Antrag in der laufenden Sitzung zu beschließen und auf eine ergänzende Unterrichtung durch die Landesregierung zu verzichten. Unabhängig davon werde das Thema die Kommission sicherlich auch weiterhin begleiten.

Herr **Dündar Kelloglu** spricht sich dafür aus, den Antrag in der laufenden Sitzung zu beschließen, und betont, dieser habe den Charakter eines Appells oder einer Empfehlung. Danach obliege es der Landesregierung, mit dieser Empfehlung umzugehen.

Frau **Carmen Schaper** führt aus, nach ihrem Kenntnisstand seien die vulnerablen Geflüchteten mittlerweile weitgehend aus der Messehalle umverteilt worden. Allerdings sei die Gesamtzahl der dort untergebrachten Menschen nicht wesentlich zurückgegangen. Gleichzeitig mit der Verlegung der Vulnerablen sei beschlossen worden, die Aufenthaltsdauer der Nicht-Vulnerablen tendenziell eher zu verlängern und die 18 Monate auszuschöpfen. Sie habe die Unterrichtung

durch die Landesregierung in der letzten Sitzung auch nicht so verstanden, dass man jetzt generell von einer Unterbringung Geflüchteter in der Messehalle Abstand nehmen wolle.

Frau **Séverine Jean** kommt auf den in der letzten Sitzung thematisierten Vorschlag zu sprechen, die Unterbringungssituation in der Messehalle - beispielsweise durch die Aufstellung zusätzlicher Container - zu verbessern, und regt an, diesen Vorschlag im Folgenden noch weiter zu prüfen. Im Übrigen befürworte auch sie eine sofortige Abstimmung.

Herr Prof. **Dr. Jochen Oltmer** plädiert ebenfalls dafür, den Antrag in der laufenden Sitzung abzustimmen. Er legt dar, bei den verbleibenden beiden Punkten gehe es um humanitäre Standards und Perspektiven, die in die Zukunft gerichtet seien. Darüber könne unabhängig von der gegenwärtigen Situation ein Beschluss gefasst werden.

### **Beschluss**

Die **Kommission** nimmt den vorliegenden Antrag - bei drei Enthaltungen - an.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 4:

**Verschiedenes**

Die **Kommission** erörtert Terminfragen.

\*\*\*